



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	58
Steuerberatungsvertrag / 3. Änderung der BGH-Rechtsprechung 1991	59
– Dienstvertrag	
– Mitwirkungspflicht, Überwachungspflicht des Mandanten	
– Untätigkeit des Steuerberaters	
– Anmerkung	
(BGH Ur. v. 17. 10. 1991 – IX ZR 255/90)	
Anwaltshaftung	71
– Verjährung § 51 BRAO	
– Belehrungspflicht über Regreßanspruch und Verjährung	
(BGH Ur. v. 14. 11. 1991 – IX ZR 31/91)	
Rechtsmittelauftrag	76
– Mandatsübernahme durch RA zweiter Instanz	
(BGH Beschl. v. 20. 6. 1991 – VII ZB 18/90)	
Haftung des Steuerberaters	77
– Abtretung eines Steuererstattungsanspruchs	
– Anerkennung durch das Finanzamt	
– Belehrungspflicht	
(OLG Hamm, Ur. v. 7. 6. 1989 – 25 U 168/88)	
Versicherungsschutz	80
– Serienschadenklausel	
– Prospektprüfung	
– Anmerkung	
(LG München I, Ur. v. 18. 12. 1991 – 4 O 11 723/91, n. rkr.)	
GI Leitsätze	85

GI Leitsätze

Treuhänder / Vermögensbetreuungspflicht / Untreue gemäß § 266 StGB

Kommt es einem Mitglied einer Bauherrengemeinschaft – für den Treuhänder erkennbar – vor allem auf die steuerlichen Auswirkungen seiner Beteiligung an, kann die vom Treuhänder übernommene Vermögensbetreuungspflicht auch wesentlich die Verpflichtung umfassen, die Interessen des Bauherren gerade auch im Hinblick auf diesen Zweck zu wahren.

(BGH Urt. v. 23. 4. 1991 – I StR 734/90 = RPKU 1.124/91)

Treuhänderhaftung / Schiffsbeteiligung / Abtretung der Einlageansprüche

Zur Frage, wie weit die Abtretung von Ansprüchen aus dem Treuhandverhältnis wirksam ist, wenn eine Treuhandkommanditistin sie mit der Publikumskommanditgesellschaft vereinbart bevor die Kriterien eingetreten sind, unter denen die Treuhandkommanditistin die Zeichnungsbeträge der Treugeber an die Gesellschaft weiterleiten darf. (Amtlicher Leitsatz)

Eine Abtretung der Ansprüche auf Zahlung der Einlage bevor die vereinbarten Mittelfreigabevoraussetzungen erfüllt sind und die Publikumsgesellschaft außerdem entsprechend einer Investitions- und Finanzierungsrechnung Zahlung verlangen kann, widerspricht der Zweckbindung der Einlagezahlungen und verstößt daher gegen § 399 BGB. (Leitsatz der Redaktion)

(BGH Urt. v. 10. 6. 1991 – II ZR 247/90, RPK U 1.077/91)

Aufklärungsfehler – Vermutung für pflichtgemäßes Verhalten

Hat der Anwalt seine Beratungs- und Aufklärungspflichten verletzt, so gilt die Vermutung, daß der Mandant bei pflichtgemäßem Verhalten rechtzeitig alle Informationen erteilt hätte, die ihm bei vernünftiger Betrachtungsweise bedeutsam erscheinen mußten.

(BGH Urt. v. 26. 9. 1991 – IX ZR 242/90 – WM 1991, 1993)

Rechtsanwalt / beschränkte Erbenhaftung / Belehrungspflicht

1. Die Bezeichnung einer Partei als Erbe im Protokoll über einen Prozeßvergleich drückt grundsätzlich keinen Vorbehalt der beschränkten Erbenhaftung aus.
2. § 780 Abs. 1 ZPO ist auch auf den Prozeßvergleich anzuwenden.
3. Überläßt die Partei die Information ihres Prozeßbevollmächtigten einem Streitgenossen oder einem Dritten, darf der Anwalt der von diesem übermittelten Information in der Regel in gleicher Weise vertrauen, wie wenn er sie unmittelbar von dem Mandanten erhalten hätte.
4. Der Rechtsanwalt hat den Mandanten, der sich als Erbe in einem Prozeßvergleich zu einer Leistung verpflichten will, grundsätzlich auch dann über die Aufnahme des Vorbehalts der beschränkten Erbenhaftung zu belehren, wenn der Titel sich gleichzeitig gegen einen als Gesamtschuldner haftenden Streitgenossen richtet, jener im Innenverhältnis die Verbindlichkeit allein tragen soll und der Mandant ihn als zahlungsfähig und -bereit bezeichnet.

(BGH Urt. v. 11. 7. 1991 – IX ZR 180/90 – WM 1991, 1812)

Steuerberatungsvertrag / 3. Änderung der BGH-Rechtsprechung 1991

- Dienstvertrag
- Mitwirkungspflicht,
Überwachungspflicht des Mandanten
- Untätigkeit des Steuerberaters
- Anmerkung

(BGH Urt. v. 17.10.1991 – IX ZR 255/90)

Leitsätze:

Ein steuerlicher Berater kommt mit der Erfüllung seiner Vertragspflichten gegenüber seinem Mandanten nicht allein deswegen in Verzug, weil die Steuererklärung nicht innerhalb der hoheitlich festgesetzten Frist beim Finanzamt eingeht. Erfüllt der steuerliche Berater seine Pflicht, die pünktliche Abgabe der Steuererklärung mit Rat und Tat zu fördern, schuldhaft nicht ordnungsgemäß, so haftet er wegen positiver Vertragsverletzung (Abweichung von BGHZ 84, 244 = GI 12/82).

Die Erfüllung der Vertragspflicht des steuerlichen Beraters, bei der Anfertigung der Steuererklärung mitzuwirken, wird nicht ausnahmslos dadurch unmöglich, daß das Finanzamt die Steuerschuld auf Schätzungsgrundlage bestandskräftig festgesetzt hat.

Leitsätze (d.Verf.):

Der Steuerberater ist bei der Anfertigung der Steuerklärungen auf die Mitwirkung des Mandanten angewiesen.

Den Mandanten trifft nach den Steuergesetzen die originäre Pflicht zur rechtzeitigen Abgabe der Steuerklärungen. Er muß deshalb Untätigkeiten des steuerlichen Beraters überwacht halten.

Tatbestand:

Der Kläger betrieb eine Pension. Am 12.1.1984 schloß er mit dem Beklagten, einem Steuerberater, einen schriftlichen Vertrag **über die laufende Erledigung der Buchführung und die Fertigung der Umsatzsteuervoranmeldungen** ab 13.10.1983 gegen eine monatliche Pauschalvergütung. Im **Mai** 1985 setzte das zuständige Finanzamt auf Schätzungsgrundlage die Einkommen-, Kirchen- und Umsatzsteuer des Klägers für die Jahre 1982 und 1983 fest. Im einzelnen wurde für 1983 die Einkommensteuerschuld mit 47.000 DM zuzüglich 2.350 DM Verspätungszuschläge, die Kirchen-

steuerschuld mit 4.391 DM und die Umsatzsteuerschuld mit 17.680 DM zuzüglich 960 DM Verspätungszuschläge bemessen, während der Gewerbesteuermeßbetrag mit null DM bestimmt wurde. Die dem Kläger zugestellten Bescheide wurden rechtsbeständig. Die vom Finanzamt daraus versuchte Zwangsvollstreckung verlief erfolglos. Anfang 1986 widerrief das zuständige Wirtschaftsamt die dem Kläger erteilte Gewerbeerlaubnis wegen der Steuerschulden und Nichtabgabe der Steuererklärungen für die Jahre 1981 bis 1985. Daraufhin schloß der Kläger seinen Beherbergungsbetrieb. Durch Strafbefehl wurde gegen den Kläger rechtskräftig eine Geldstrafe von 15.000 DM wegen Steuerverkürzung verhängt. Dem lag der Tatvorwurf zugrunde, daß der Kläger die Abgabe der Einkommensteuererklärungen für die Kalenderjahre 1981 bis 1983 bis zum 31. Mai nach Ablauf eines jeden Jahres sowie die Abgabe der Umsatzsteuervoranmeldungen 1983 bis zum zehnten Tag nach Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres vorsätzlich unterlassen habe. Für die Zeit ab 1.1.1984 löschte das Finanzamt die für den Kläger geführten Steuerkonten wegen voraussichtlicher Uneinbringlichkeit der Steuern.

Der Kläger erwirkte 1987 ein rechtskräftiges Urteil, durch das der Beklagte verurteilt wurde, für den Kläger die Einkommen-, Gewerbe- und Umsatzsteuererklärungen für die Kalenderjahre 1983 bis 1985 zu fertigen. Dem kam der Beklagte 1988 nach. Daraufhin verringerte das Finanzamt rückwirkend die für die Jahre 1982 und 1983 gegen den Kläger festgesetzten Steuerbeträge.

Im gegenwärtigen Rechtsstreit verlangt der Kläger vom Beklagten Ersatz der Geldstrafe sowie die Feststellung, daß der Beklagte verpflichtet sei, die Schäden zu ersetzen, die dem Kläger dadurch entstanden sind, daß der Beklagte die Einkommen-, Gewerbe- und Umsatzsteuererklärungen für die Kalenderjahre 1983, 1984 und 1985 nicht bis zum 30. September des jeweiligen Folgejahres fertiggestellt hat. Der Beklagte leugnet einen Vertragsschluß über die Anfertigung von Steuererklärungen, beruft sich auf fehlende Unterlagen des Klägers und hat widerklagend Honoraransprüche für die Fertigung der Steuererklärungen geltend gemacht. Das Landgericht hat nach Beweisaufnahme den Beklagten zur Zahlung von 9.532,19 DM an den Kläger verurteilt sowie dessen Feststellungsantrag entsprochen; der Widerklage hat es überwiegend stattgegeben. Die Berufung des Beklagten hat das Berufungsgericht durch Teilurteil zurückgewiesen, soweit er den Feststellungsausspruch angegriffen hat. Dagegen richtet sich seine Revision.

Aus den Gründen:

Das Rechtsmittel hat Erfolg.

I.

Das Berufungsgericht stellt fest, dem Kläger sei ein Schaden im Bereich der Einkommen- und Umsatzsteuer durch Verspätungszuschläge entstanden. Die Revision rügt mit Recht, daß damit die Voraussetzungen einer Ersatzpflicht für die verspätete Anfertigung von **Gewerbsteuer**-erklärungen nicht festgestellt sind.

Eine **Klage auf Feststellung einer Schadenersatzpflicht** ist begründet, wenn ein Schadeneintritt hinreichend wahrscheinlich ist (RG GRUR 1932, 466, 468; BGH, Urt.v. 19.11.1971 – I ZR 72/70, LM § 24 WZG Nr. 69 = NJW 1972, 198; Urt.v. 10.5.1974 – I ZR 80/73, LM § 16 UWG Nr. 69; Senatsurt.v. 28.9.1989 – IX ZR 180/88, FamRZ 1990, 37, 39; v. 21.12.1989 – IX ZR 234/88, WM 1990, 695, 698). Diese Voraussetzung muß für jeden einzelnen Schadenersatzanspruch vorliegen, dessen Bestehen festgestellt werden soll.

Steuerliche Forderungen sind nach Steuerart und Veranlagungszeitraum zu trennen. Die Steuerpflicht wird insoweit regelmäßig selbständig festgesetzt. Das bedingt zugleich, daß der steuerliche Berater in der Regel nur aufgrund eines besonderen Einzelvertrages tätig wird. Der vertragliche Schadenersatzanspruch wird durch den Umfang des erteilten Auftrags begrenzt. An der gebotenen Trennung ändert es im Ergebnis auch dann nichts, wenn dem steuerlichen Berater – wie hier behauptet ist – ein umfassender Dauerauftrag erteilt wurde. Dann bildet die Bearbeitung für jede Steuerart und jeden Veranlagungszeitraum, auch gebührenrechtlich, einen **abtrennbaren Teil des vertraglichen Leistungsinhalts**. Von den besonderen Umständen jedes Teils kann das Entstehen vertraglicher Schadenersatzansprüche abhängen. Sie bilden im Falle einer Ersatzklage jeweils einen gesonderten Streitgegenstand (Senatsurt.v. 20.6.1991 – IX ZR 226/90, GI 91, 313, WM 1991, 1597, 1601).

Für einen ihm **drohenden Schaden** wegen verspäteter Abgabe von Gewerbesteuererklärungen hat der Kläger hier nichts dargetan. Im Gegenteil ergibt sich aus seinem Vorbringen, daß er zu keiner Zeit zur Zahlung von Gewerbesteuer herangezogen worden ist. Sogar auf der Grundlage der vom Finanzamt im Mai 1985 geschätzten – später herabgesetzten – Werte für 1983 wurde der Gewerbesteuermeßbetrag auf null DM festgesetzt. Für die beiden Folgejahre hat der Beklagte für den Betrieb unstreitig noch weitaus niedrigere Umsätze und Einkünfte ermittelt. Anfang 1986 wurde der Betrieb eingestellt. Dementsprechend fehlt derzeit

jede Wahrscheinlichkeit, daß den Kläger noch Vermögensnachteile wegen verspäteter Abgabe von Gewerbesteuererklärungen für die Jahre 1983 bis 1985 treffen könnten. Das Berufungsurteil kann daher in diesem Punkt keinen Bestand haben. Vor einer endgültigen Abweisung dieses Teils der Klage wird der Tatrichter sich allerdings noch eine Überzeugung darüber bilden müssen, ob ein Schadeneintritt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen ist (vgl. dazu BGH, Urt. v. 24. 6. 1969 – VI ZR 48/67, LM § 638 BGB Nr. 12 unter I 1).

II.

Das Berufungsgericht bejaht eine Schadenersatzpflicht des Beklagten dem Grunde nach aus dem Gesichtspunkt des Verzuges.

1. Es stellt im Anschluß an die Beweismwürdigung des Landgerichts fest, zwischen den Parteien sei ein **Steuerberatungsvertrag** dahingehend zustande gekommen, daß der Beklagte alles habe erledigen sollen, was für den Kläger als Steuerpflichtigen nötig war. Das Ergebnis dieser tatrichterlichen Beweismwürdigung greift die Revision vergeblich an. Das Berufungsgericht hat nicht verkannt, daß der unter dem Datum des 12. 1. 1984 schriftlich abgeschlossene Vertrag lediglich die Buchführung betraf. Es ist aufgrund der Beweisaufnahme erster Instanz davon ausgegangen, daß die Parteien schon im September 1983 **mündlich** einen Vertrag über die dauernde Bearbeitung aller anfallenden steuerlichen Aufgaben durch den Beklagten geschlossen haben. Rechts- oder Verfahrensfehler hierbei zeigt die Revision nicht auf. Dann ist es ihr verwehrt, das Beweisergebnis anders zu würdigen als das Berufungsgericht. Die Vernehmung des Klägers als Partei hatte der Beklagte selbst beantragt, § 445 Abs. 1 ZPO.
2. Rechtlich hat das Berufungsgericht im Anschluß an BGHZ 84, 244, 248 ff ausgeführt: Die Rechtsbeziehungen der Parteien seien als Dienstvertrag zu beurteilen. Der Beklagte habe die dem Kläger obliegenden Steuererklärungen so rechtzeitig fertigstellen müssen, daß der Kläger in die Lage versetzt worden wäre, sie unterschrieben bis spätestens zum 31. 5. 1984 des jeweiligen Folgejahres beim zuständigen Finanzamt abzugeben. Wenn es dem Beklagten unter Berücksichtigung seiner anderen beruflichen Verpflichtungen oder sonstiger Gründe nicht möglich gewesen wäre, diesen Zeitpunkt einzuhalten, so habe er es versäumt, bis jeweils spätestens 31. Mai des Folgejahres einen Antrag auf Fristverlängerung zu stellen. **Er sei daher im Verhältnis zum Kläger mit seinen vertraglichen Verpflichtungen gemäß § 284 Abs. 2 BGB auch ohne Mahnung in Verzug geraten.** Habe das Finanzamt die

Besteuerungsgrundlage wegen Nichtabgabe einer Steuererklärung geschätzt und bestehe keine Möglichkeit mehr, die Schätzung zu beseitigen, so kämen die Vorschriften über die Unmöglichkeit zur Anwendung, also auch § 282 BGB. Demgegenüber könne der Beklagte nicht mit seiner Einlassung durchdringen, er habe den Kläger mehrfach darauf hingewiesen, daß ihm die erforderlichen Belege für die Erstellung der Einkommensteuererklärung fehlten. Die vom Kläger darzulegenden Voraussetzungen eines Schadenersatzanspruchs nach §§ 284, 286 BGB lägen dem Grunde nach vor. Zwar habe der Beklagte mit Schreiben vom 3.12.1986 beim Kläger Unterlagen für das Jahr 1983 angefordert. Zu diesem Zeitpunkt habe die Einkommensteuererklärung jedoch bereits fertiggestellt sein müssen, so daß davon auszugehen sei, daß der Verzug vom Beklagten auch schuldhaft gemäß § 285 BGB herbeigeführt worden sei. Es sei Sache des Beklagten, darzulegen und zu beweisen, daß der eingetretene Verzug von ihm nicht zu vertreten sei. Ihn habe in dieser Hinsicht eine doppelte Darlegungs- und Beweislast getroffen. Er habe einmal dartun müssen, daß er nicht in der Lage gewesen sei, durch rechtzeitiges Einreichen der Steuererklärungen den Erlass eines auf Schätzung beruhenden Bescheides zu verhindern; ferner habe er darzulegen und zu beweisen, daß es ihm nicht möglich gewesen sei, diesen Bescheid durch Einlegung eines Rechtsmittels zu beseitigen und damit den Weg zu einer Gewinnfeststellung nach Maßgabe des tatsächlich erzielten Betriebsergebnisses freizumachen. Der Beklagte habe hier nicht bewiesen, daß er jeweils vor dem 30. September der für die Erklärungsabgabe maßgeblichen Jahre den Kläger auf das Fehlen bestimmter Unterlagen hingewiesen oder eine Fristverlängerung beim Finanzamt beantragt habe. Für die Jahre 1984 und 1985 sei nicht auszuschließen, daß das Finanzamt gegen den Kläger auch noch Zahlungen festsetzen werde, die allein darauf beruhten, daß die Steuererklärungen nicht fristgemäß abgegeben worden seien.

Das hält der rechtlichen Nachprüfung nicht in allen Punkten stand.

- a) Zwar trifft der Ausgangspunkt des Berufungsgerichts zu, daß die von ihm festgestellten Vertragsbeziehungen der Parteien als **Dienstvertrag** zu beurteilen sind.

Ein Vertrag, durch den einem steuerlichen Berater, wie hier, allgemein die Wahrnehmung aller steuerlichen Interessen des Auftraggebers übertragen wird, ist regelmäßig ein Dienstvertrag, der eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstand hat (BGHZ 54, 106, 107 f; BGH, Urt.v. 1. 7. 1971 – VII ZR 295/69, WM 1971, 1206 unter 1; Urt.v. 6. 12. 1979 – VII ZR 19/79, VersR 1980, 264, 265 unter II 1; Urt.v. 3. 2. 1988 – IV a ZR 196/86,

GI 1989, 34, WM 1988, 763, 764; Palandt/Thomas, BGB 50. Aufl., Einführung Rdn. 18 vor § 631; Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung 2. Aufl. Rdn. 123 f, 127 ff; Eckert/Böttcher, Steuerberatergebührenverordnung 2. Aufl. Vorbem. 1.3.2 vor § 1; Mittelsteiner/Scholz, Steuerberatergebührenverordnung 3. Aufl. Einführung 1b; Gehre, Steuerberatergesetz § 33 Rdnr. 20, 24; Martens Anm. in NJW 177, 766 f; Prütting WM 1978, 130 f; vgl. auch BGH, Urt. v. 6. 11. 1980 – VII ZR 237/79, WM 1981, 92 unter 11. Lediglich bei Einzelaufträgen, die auf eine einmalige, in sich abgeschlossene Leistung gerichtet sind, wird der Steuerberater das Risiko im allgemeinen hinreichend abschätzen können, um für einen bestimmten Erfolg seiner Tätigkeit als Werkleistung im Sinne von § 631 BGB einzustehen (vgl. RGZ 88, 223, 226 f; BGH, Urt. v. 20. 10. 1964 – VI ZR 101/63, NJW 1965, 106). Im übrigen ist der Umstand, daß der steuerliche Berater bei ordnungsmäßiger Verrichtung der von ihm geschuldeten Dienste des öfteren auch greifbare Ergebnisse zustande zu bringen hat, entgegen einer teilweise vertretenen Ansicht (OLG Celle DStR 1974, 290 f; OLG Nürnberg DStR 1974, 709 f; Späth DStR 1966, 91, 93 f und Anm. in DStR 1985, 282) mit der Annahme eines Dienstvertrags allgemein vereinbar.

- b) Der Senat teilt jedoch nicht die Ansicht des Berufungsgerichts, daß der Beklagte mit der Anfertigung der von ihm geschuldeten steuerlichen Leistungen vor dem Zugang des Schreibens des Rechtsanwalts P. vom 26. 11. 1986 – und damit zu einem für den vorliegenden Rechtsstreit erheblichen Zeitpunkt – in Verzug geraten ist (§ 284 Abs. 1 Satz 1 BGB). § 284 Abs. 2 Satz 1 BGB, wonach eine Mahnung zur Inverzugsetzung dann entbehrlich ist, wenn für die Leistung eine Zeit nach dem Kalender bestimmt ist, greift nicht ein. § 149 Abs. 2 Satz 1 AO i.V.m. § 25 Abs. 3 Satz 1 EStG, § 56 EStDV und § 18 Abs. 3 Satz 1 UStG sowie § 18 Abs. 1 Satz 1 UStG **setzt Fristen allein für den Steuerpflichtigen**. Für dessen vertragliche Beziehungen zu seinem steuerlichen Berater wären sie nur verbindlich, wenn sie vertraglich Leistungsinhalt geworden wären.

Das ist hier nicht ausdrücklich geschehen. **Ohne eine derartige eindeutige Zusage übernimmt der steuerliche Berater im Zweifel nicht die Vertragspflicht, für den Leistungserfolg einzustehen, daß die steuerlichen Erklärungen zu den gesetzlich bestimmten Fristen fertiggestellt sind** (ebenso Haug Anm. in ZIP 1982, 1223 f; Späth DStR 1985, 450 unter 1. a. E.). Ein solches werkvertragsähnliches Versprechen kann von ihm regelmäßig nach Treu und Glauben (§ 157 BGB) nicht einseitig erwartet werden, weil er bei der Anfertigung der Steuererklärungen ganz entscheidend auf **die Mitwirkung des Mandanten angewiesen ist**: Stellt

dieser nicht alle erforderlichen Unterlagen – rechtzeitig vor Fristablauf (vgl. dazu Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters 3. Aufl. Rdn. 494) – zur Verfügung, so kann auch die fristgerechte Erstellung der Buchhaltung und der Entwürfe für die Steuererklärungen unmöglich sein. Darüber hinaus muß der Mandant **Besonderheiten der Geschäftsführung** gegebenenfalls schon als Voraussetzung für eine ordnungsgemäße Buchhaltung erläutern (Späth a.a.O. Rdn. 508; Gräfe/Lenzen/Rainer a.a.O. Rdn. 301). Bei der Aufklärung möglicherweise auftretender **Unstimmigkeiten** muß er mithelfen (Späth a.a.O. Rdn. 509). Zudem ist Vertragsinhalt nicht nur das Erstellen des Entwurfs zu irgendeiner Steuererklärung, solange er nur fristgerecht vorliegt, sondern – im Rahmen des rechtlich Zulässigen – die Anfertigung gerade auch einer dem Mandanten möglichst günstigen Erklärung. Das kann **Bewertungen** voraussetzen, die der steuerliche Berater nur zusammen mit seinem Auftraggeber vorzunehmen vermag (Wais Anm. in NJW 1986, 2200). Um Steuervergünstigungen zu erlangen und steuerliche Nachteile zu vermeiden, kann der Berater auf die Unterstützung des Mandanten durch **ausreichende Information** über verwirklichte Steuertatbestände, über seine **persönlichen Verhältnisse** und **geschäftlichen Pläne** sowie **die wirtschaftlichen Erwartungen** angewiesen sein (Späth a.a.O. Rdn. 495; Gräfe/Lenzen/Rainer a.a.O. Rdn. 126, 295 ff.). Gelegentlich mag sich der steuerliche Berater sogar im Vorhinein mit den zuständigen Finanzbeamten darüber abstimmen, welche Gestaltung diese hinzunehmen gewillt sind. Letztlich muß **der Steuerpflichtige den Entwurf der Erklärung vor der Abgabe eigenverantwortlich prüfen und unterzeichnen** (§ 25 Abs. 3 Satz 4 EStG, § 18 Abs. 3 Satz 3 UStG, § 150 Abs. 2 Satz 1 AO), ohne daß dafür eine Frist kalendermäßig bestimmt ist.

Das Berufungsgericht folgt mit seiner gegenteiligen Meinung der Entscheidung BGHZ 84, 244 ff. = GI 12/82. Auf die dort für entscheidend gehaltene Erwägung, es gehe um vertragliche Hauptleistungspflichten des steuerlichen Beraters, deren Verletzung nach den Regeln über Verzug oder Unmöglichkeit zu behandeln sei (ebenso Dehner in Anm. LM § 280 BGB Nr. 6), kommt es jedoch erst dann entscheidend an, wenn der Inhalt dieser Pflichten feststeht. Er wird in der genannten Entscheidung nicht ausdrücklich umrissen. Insbesondere begründet sie nicht, weshalb der steuerliche Berater die Gewähr für das rechtzeitige Einreichen der Steuererklärungen übernehmen sollte.

Die Auffassung des Berufungsgerichts führte im Ergebnis dazu, daß **der steuerliche Berater einseitig das Risiko einer unzulänglichen Mitwirkung des Mandanten zu tragen hätte**. Dementsprechend ist der IV a-Zivilsenat des Bundesgerichtshofs (BGHZ 84, 244, 250 = GI 12/82; Urt. v. 20. 10. 1982

– IVa ZR 275/80, StB 1983, 143; Urt. v. 12. 3. 1986 – IVa ZR 183/84, WM 1986, 675, 677 unter II 3) davon ausgegangen, daß der steuerliche Berater sogar im Falle einer ungenügenden oder unpünktlichen Mitwirkung seines Mandanten die objektiven Voraussetzungen des Verzuges – oder der zu vertretenden Unmöglichkeit (§ 280 BGB) – verwirkliche und mit dem Hinweis auf die Obliegenheitsverletzung der Gegenseite lediglich sein Verschulden gemäß §§ 285, 282 BGB auszuschließen vermöge. **Die Beweislast für eine unzulängliche Mitwirkung des Mandanten wird damit auf den steuerlichen Berater verlagert.**

Der erkennende Senat, der nunmehr zur Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten betreffend Ansprüche aus steuerlicher Beratung allein zuständig ist, hält diese Abgrenzung der vertraglichen Leistungspflichten nicht für ausgewogen und sachgerecht. Sie ist auch weder für einen wirksamen Schutz des Mandanten erforderlich noch durch Besonderheiten der steuerlichen Beratung geboten. Der Senat gibt deshalb die entgegenstehende Rechtsprechung des IVa-Zivilsenats auf.

Statt dessen sind die **Vertragspflichten der steuerlichen Berater** grundsätzlich wie diejenigen anderer Dienstverpflichteter (im Sinne von § 627 BGB) im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages zu bestimmen. Diese verpflichten sich zur **sorgfältigen und fachkundigen Beratung sowie Betreuung des Mandanten, insbesondere dazu, daß sie ihrerseits alle Schritte rechtzeitig vorbereiten, die für ein fristgebundenes Handeln ihres Mandanten erforderlich sind. Sie übernehmen jedoch regelmäßig nicht die Gewähr für das rechtzeitige Gelingen des Bemühens. Dementsprechend verpflichtet sich der steuerliche Berater, nach besten Kräften mit Rat und Tat im Rahmen des Zumutbaren mitzuwirken**, daß der steuerpflichtige Mandant die festgesetzten Fristen für die Abgabe der Steuererklärung einhalten kann. Er hat rechtzeitig sowie klar und unmißverständlich darauf hinzuweisen, welche **bestimmten einzelnen Unterlagen** für die ordnungsgemäße Geschäftsbesorgung nötig sind (LG Düsseldorf DStR 1980, 692 f; Gräfe/Lenzen/Rainer a.a.O. Rdn. 294, 305, 712). Auf **Unstimmigkeiten** in dem ihm vom Mandanten vorgelegten Material muß er achten (vgl. BGH, Urt. v. 5. 10. 1967 – VII ZR 17/65, VersR 1968, 48, 49 unter 2; Urt. v. 1. 7. 1971 – VII ZR 295/69, WM 1971, 1206 unter 3; Gutachten des Wissenschaftlichen Instituts der Steuerbevollmächtigten e.V. DStR 1965, 347, 348; Späth a.a.O. Rdn. 139 ff.). Die wesentlichen **tatsächlichen Voraussetzungen** muß er durch **Rückfragen und Erörterung mit dem Mandanten** zu klären versuchen (Späth a.a.O. Rdn. 132). Über notwendige weitere Mitwirkungshandlungen muß er den Mandanten erforderlichenfalls rechtzeitig belehren. Eine schuldhafte Verletzung dieser Pflichten kann ihn nach den Grundsätzen der positiven Vertragsverletzung

schadenersatzpflichtig machen. Hingegen gerät er in Verzug mit seiner vertraglichen Hauptpflicht zur Bearbeitung der Steuererklärungen regelmäßig erst, wenn er trotz Mahnung (§ 284 Abs. 1 Satz 1 BGB) fällige Dienstpflichten nicht erfüllt.

3. Auch für eine Unmöglichkeit (§ 280 BGB) der vom Beklagten geschuldete Anfertigung von Entwürfen für die Steuererklärungen ist hier nichts ersichtlich. Der Beklagte hat sie auf ausdrückliches Verlangen des Klägers im Jahre 1988 nachgeholt. Der Umstand, daß wenigstens für das Jahr 1983 bereits rechtsbeständige Steuerbescheide vorlagen, schloß die nachträgliche Anfertigung als sinnvolle Maßnahme weder rechtlich noch auch nur wirtschaftlich aus. Das Finanzamt hat den unter Vorbehalt der Nachprüfung ergangenen Umsatzsteuerbescheid 1983 aufgrund der eingereichten Umsatzsteuererklärung 1983 sowie den Einkommensteuerbescheid 1983 wegen anderer neuer tatsächlicher Erkenntnisse zugunsten des Klägers geändert. Soweit infolge der Verspätung Mehrkosten entstanden sind, begründen diese keine Unmöglichkeit, sondern sind in Ermangelung einer vorherigen Mahnung des Klägers gegebenenfalls insoweit zu ersetzen, wie sie auf einer Verletzung der vertraglichen Betreuungspflichten des Beklagten beruhen.
4. Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts hat der Beklagte die erforderlichen Unterlagen für die Anfertigung von Steuererklärungen – beginnend ab 1983 – nicht vor dem 3. 12. 1986 vom Kläger angefordert. Soweit die Revision demgegenüber rügt, daß die Aussage des Zeugen K. nicht ausdrücklich gewürdigt sei, übersieht sie, daß dieser nach seinen Bekundungen zeitlich erst nach der Zeugin S. und damit nach Mitte Juli 1987 mit dem Kläger verhandelt hat (Sitzungsniederschrift des Kammergerichts v. 2. 7. 1990 = Bl. 239 RückS. GA i.V.m. S. 4 f der Niederschrift v. 23. 5. 1990 = Bl. 217 RückS. GA). **Unstreitig hat der Beklagte auch nicht für eine Verlängerung der gesetzlichen Fristen zur Abgabe der Steuererklärungen gesorgt.** Dann hätte er sogar mit Bezug auf die Einkommensteuererklärung für 1985 **den Kläger so rechtzeitig zur Übergabe aller erforderlichen Unterlagen auffordern müssen, daß er die Erklärungsentwürfe – gemäß dem Klageantrag – spätestens noch bis zum 30. 9. 1986 hätte fertigstellen können.** Indem er das unterließ, hat er seine Vertragspflichten fahrlässig verletzt (§ 276 Abs. 1 BGB). Da diese Pflichten **unabhängig von der Übergabe der inzwischen gegen den Kläger ergangenen Steuerbescheide bestanden**, ist es für das Verschulden des Beklagten, entgegen der Ansicht der Revision, unerheblich, daß ihm die Bescheide nicht ausgehändigt wurden.

Die Unterlassung des Beklagten könnte einen Vermögensschaden des Klägers **verursacht haben, wenn dieser auf eine fristgerechte Aufforderung hin dem Beklagten die erforderlichen Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt hätte**. Dafür könnte der Umstand sprechen, daß der Kläger den Beklagten auf dessen konkretes Verlangen letztlich 1988 in die Lage versetzt hat, die Steuererklärungen für die Jahre 1983 bis 1985 zu fertigen, sei es teilweise auch nur aufgrund von Schätzungen, soweit die Belege des Klägers lückenhaft waren. Jedoch wird das Berufungsgericht abschließend über eine mögliche Schadenursächlichkeit dieser Pflichtverletzungen zu befinden haben.

III.

Das Berufungsgericht schließt ein Mitverschulden des Klägers unter dem Gesichtspunkt, daß er es unterlassen habe, dem Beklagten die auf Schätzungen beruhenden Steuerbescheide vom 15. 5. 1985 – für das Jahr 1983 – vor Ablauf der Widerspruchsfrist vorzulegen, als nicht ursächlich aus. Zur Begründung verweist es auf die nachträgliche Abänderung des bestandskräftig gewordenen Bescheides für 1983 durch das Finanzamt, die aber die angefallenen Säumnis- und Verspätungszuschläge nicht berührt habe. Sodann läßt es ausdrücklich offen, „ob die Ersatzpflicht bezüglich einzelner Schäden nicht nach § 254 Abs. 2 BGB zu mindern ist, weil der Kläger diese abzuwenden oder zu mindern in der Lage gewesen wäre“. Es meint, diese Frage werde „bei den zukünftig zu entscheidenden Zahlungsansprüchen zu beachten sein, ebenso bei dem bereits im vorliegenden Rechtsstreit erhobenen Zahlungsanspruch im Zusammenhang mit der Bestrafung des Klägers“.

1. Diese Ausführungen können dahin verstanden werden, daß das Berufungsgericht die Prüfung aller anderen möglichen Umstände, die ein Mitverschulden des Klägers begründen könnten, als das verspätete Vorlegen der Bescheide für 1983 einem möglichen künftigen Verfahren über „Zahlungsansprüche“ vorbehalten will. Als ein derartiger Umstand kam hier insbesondere in Betracht, daß dem Kläger das Fehlen sämtlicher Steuererklärungen während eines Zeitraums von drei Jahren seit Beauftragung des Beklagten selbst aufgefallen sein muß, ohne daß er deswegen den Beklagten erinnert hätte. Zwar greift der Einwand des mitwirkenden Verschuldens (§ 254 BGB) dann nicht ein, wenn die Verhütung des entstandenen Schadens nach dem Inhalt des Vertrages dem in Anspruch genommenen Schädiger allein oblag. Deswegen kann es dem vertraglich zu Beratenden im allgemeinen nicht als mitwirkendes Verschulden vorgehalten werden, er hätte das,

worüber ihn sein – auf dem bestimmten Gebiet an Wissen überlegener – Berater hätte aufklären sollen, bei entsprechenden Bemühungen auch ohne fremde Hilfe erkennen können (BGH, Urt.v. 12. 3. 1986 – IV a ZR 183/84, WM 1986, 675, 677 unter II 5).

Im vorliegenden Zusammenhang geht es aber nicht um eine fehlerhafte Beratung des Beklagten, auf dessen überlegener Sachkunde der Kläger vertrauen durfte, sondern um eine schlichte Untätigkeit in einem Bereich, den auch der Kläger eigenverantwortlich zu gestalten und überwachen hatte. Jeder Gewerbetreibende muß wissen, daß er in seinem Betrieb Grundaufzeichnungen zu führen und Belege zu sammeln hat (Gräfe/Lenzen/Rainer a.a.O. Rdn. 713 f). Lückenhafte oder fehlerhafte Grundaufzeichnungen hat er zu vertreten (Späth a.a.O., Rdn. 506 ff; vgl. auch BGH, Urt.v. 30. 11. 1972 – VII ZR 56/71, WM 1973, 150 f). **Die Pflicht zur rechtzeitigen Abgabe der Steuererklärung beim Finanzamt trifft ihn, wie oben zu II 1 b ausgeführt, steuerrechtlich unabhängig von einer Beratung selbst** (vgl. auch BFH BStBl 1984 II 693 f). Er muß deshalb das Tätigwerden des steuerlichen Beraters wenigstens in einem gewissen Rahmen überwachen (vgl. BGHSt 7, 336, 349; BGH, Urt.v. 18. 6. 1953 – 3 StR 675/52, Deutsche Steuer-Rundschau 1953, 474 f; BFH BStBl 1962 III 493 f; Späth a.a.O., Rdn. 511). Insoweit hätte insbesondere die Zustellung der auf Schätzung beruhenden Bescheide vom 15. 5. 1985 Anlaß bieten können, auch an die Fertigstellung der Steuererklärungen für 1984 und 1985 zu erinnern.

2. Da das Berufungsgericht diesen auf § 254 Abs. 1 BGB gründenden Mitverschuldenseinwand nicht ausgeräumt hat, rügt die Revision die Entscheidung zutreffend als verfahrensfehlerhaft. Denn beim Erlaß eines Feststellungsurteils über den Grund des Anspruchs darf – anders als bei einem Grundurteil – nicht offenbleiben, ob der Kläger den Eintritt des Schadenereignisses mitverschuldet hat und deshalb einen Teil des ihm entstandenen Schadens selbst tragen muß (BGH, Urt.v. 25. 11. 1977 – I ZR 30/76, NJW 1978, 544; v. 14. 6. 1988 – VI ZR 279/87, VersR 1988, 1139; Senatsurt.v. 7. 6. 1988 – IX ZR 278/87, WM 1988, 1352, 1355). Davon ist hier auszugehen, weil die unter 1. dargelegten Umstände jeden dem Kläger entstandenen Schaden schon dem Grunde nach mitverursacht haben können. Es geht also nicht nur darum, ob die Höhe einzelner, abtrennbarer Schadenteile von einem Mitverschulden des Klägers im Sinne von § 254 Abs. 2 BGB beeinflusst ist.

In diesem Zusammenhang wird das Berufungsgericht auch überprüfen müssen, ob der Einkommensteuerbescheid 1983 – von bloßen Verspätungsfolgen abgesehen – in vollem Umfange den vom Kläger nachträglich angefertigten Erklärungen angepaßt worden ist.

Anmerkung:

1. Die Entscheidung wiederholt und verstärkt die gelegentlich angefochtene Rechtsauffassung, daß der Steuerberatungsvertrag in der Regel ein **Dienstvertrag** ist. Dies gelte unabhängig davon, ob teilweise „greifbare“ Arbeitsergebnisse vorgelegt werden (Bilanzen, Steuererklärungen). Entscheidend ist, daß die Leistungsgefahr für die Erfüllung des Steuerberatungsvertrages nicht allein den Steuerberater treffen kann. Er ist „Helfer“ des Mandanten bei der Erledigung von dessen Steuerpflichten. (§§ 149, 153 AO, 56, 60 EStDV, 49 I KStG, 28 BewG, 19 VStG, 25 GewStDV, 18 UStG; vgl. auch Gräfe/Lenzen/Rainer Steuerberaterhaftung 122 ff.).

2. Die Entscheidung stellt in bemerkenswerter Deutlichkeit heraus, daß der Steuerberater auf die Mitwirkung des Mandanten angewiesen ist. Der IVa-Senat hatte noch allein dem Steuerberater die Gewähr für die rechtzeitige Abgabe der Steuererklärung auferlegt, d. h. Verzug gemäß § 284 BGB trat ohne Mahnung ein und der Steuerberater mußte beweisen, daß Ursache der Verspätung die ungenügende Mitwirkung des Mandanten war.

Der nun zuständige IX-Senat stellt vor dem Hintergrund der Mitwirkungspflichten des Mandanten fest, daß die Einhaltung der Steuerfristen zunächst allein den Mandanten treffen. Verzug des Steuerberaters trete demnach im Regelfall erst ein, wenn er vom Mandanten gemahnt wurde. Etwas anderes gelte nur dann, wenn als vertragliche Leistungspflicht die Fristeinhaltung durch den Steuerberater im Mandatsvertrag vereinbart wurde. (ebenso bereits Haug ZIP 1982, 1223 f.)

3. Der BGH hat in der wünschenswerten Klarheit herausgestellt, daß Arbeiten des steuerlichen Beraters nur so gut sind, wie diese vom Mandanten vorbereitet werden. Ohne dessen Mitwirkung „läuft nichts“. Die bloße Nichteinhaltung der Frist zur Abgabe einer Steuererklärung begründet demnach im Regelfall auch keine Schadensersatzforderung gegen den Berater aus dem Gesichtspunkt des Verzuges. Diese Auffassung des IVa-Senates ist damit aufgehoben worden.

4. Von großer praktischer Bedeutung ist auch die Darlegung des BGH zur Frage des **Mitverschuldens** des Mandanten. Eine Vielzahl von Haftpflichtansprüchen entsteht durch schlichte Untätigkeit des Mandanten, der keine ordnungsgemäßen Grundaufzeichnungen führt, keine Belege gesammelt hat und immer etwas wichtigeres zu tun hat, als seine Belege aufzubereiten. Der BGH bestätigt nun, daß jeder

Gewerbetreibende Kenntnisse über die Notwendigkeiten von Grundaufzeichnungen und Belegsammlungen haben muß. Bereits bisher hatte der Mandant Mängel in den Grundaufzeichnungen und der Belegsammlungen allein zu verantworten. (vgl. OLG Stuttgart BB 1976, 822, LG Aachen StB 1977, 183) Dem entspricht nun, daß der BGH auch feststellt, der Mandant müsse den Steuerberater in einem gewissen Rahmen überwacht halten. Da ihn unmittelbar die steuerlichen Fristen belasten, muß er unabhängig von einer evtl. Schlechtberatung des steuerlichen Beraters dessen Tätigkeit zumindest dann überwachen, wenn diese in bloßer „Un-Tätigkeit“ besteht. Beispiel: Erhält er Schätzungsankündigungen, Schätzungsbescheide pp. ist er verpflichtet, an die Fertigstellung der Steuererklärung zu erinnern.

Anwaltshaftung

- Verjährung § 51 BRAO
- Belehrungspflicht über Regreßanspruch und Verjährung

(BGH Urt.v. 14. 11. 1991 – IX ZR 31/91)

Leitsätze:

- a) Der Rechtsanwalt, der begründeten Anlaß hat, eine durch einen Fehler eingetretene Schädigung des Mandanten zu erkennen, muß ihn hierauf sowie auf die kurze Verjährung des § 51 BRAO so rechtzeitig hinweisen, daß er ohne Zeitdruck anderweitigen Rechtsrat einholen und gegebenenfalls die Verjährung durch gerichtliche Geltendmachung unterbrechen kann.
- b) Hat ein anderer Anwalt mit Wissen und Wollen des Mandanten rechtzeitig den Regreßanspruch angemeldet, so entfällt diese Hinweispflicht auch dann, wenn dem haftenden Anwalt nicht bekannt ist, ob der Mandant auch über die Vorschrift des § 51 BRAO zutreffend belehrt worden ist.

Leitsätze (d.Verf.):

- a) Die Verjährung beginnt mit Entstehung des Regreßanspruchs. (§ 51, 1. Alternative BRAO). Die Hilfsregelung des § 51 2. Alternative BRAO beginnt mit Mandatsende – gilt nur, wenn zu diesem Zeitpunkt noch kein Schaden entstanden war; sie führt zu einem früheren Ende der Verjährungsfrist.

- b) Die Pflicht zu Belehrung über die Regreßmöglichkeit entfällt auch, wenn der Mandant Kenntnis über den Schadenersatzanspruch und dessen Verjährung erlangt hat.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht sieht zu Recht darin eine schuldhafte Pflichtverletzung, daß die Beklagten es **versäumt haben, die durch Urteil ergangene Unterlassungsverfügung dem Gegner in der Frist des § 929 Abs. 2 ZPO zuzustellen**. Nach einer jedenfalls damals in Rechtsprechung und Schrifttum weitverbreiteten Auffassung (vgl. OLG Frankfurt OLGZ 1982, 346, 348 f mit den dort aufgeführten Nachweisen) war die wirksame Vollziehung von einer solchen Zustellung abhängig (vgl. zu dieser Rechtsfrage nunmehr Senatsurt. v. 13. 4. 1989 – IX ZR 148/88, NJW 1990, 122, 124). Da die Beklagten verpflichtet waren, den zur Wahrung der Interessen ihrer Mandanten sichersten Weg zu wählen (vgl. Senatsurt. v. 28. 6. 1990 – IX ZR 209/89, WM 1990, 1917, 1919 m. w. N.), hätten sie die Zustellung nicht unterlassen dürfen. Ihre Pflichtverletzung hat den entstandenen Schaden verursacht. Dies alles wird auch von der Revision nicht in Frage gestellt.

II.

Das Berufungsgericht hält den Schadenersatzanspruch für nicht verjährt, weil den Beklagten nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme ein einheitlicher Auftrag für das Verfahren der einstweiligen Verfügung und den Hauptsacheprozeß erteilt worden sei. Da dieses Mandat bis zum rechtskräftigen Abschluß des Hauptsacheverfahrens fortgedauert habe und die Verjährung nach § 51 BRAO drei Jahre nach Beendigung des Auftrags eintrete, sei die Klage in unverjährter Zeit erhoben worden.

Diese Beurteilung hält der rechtlichen Nachprüfung nicht stand.

1. **Die Verjährung des Regreßanspruchs (Primäranspruchs) des Mandanten beginnt grundsätzlich mit dessen Entstehung (§ 51, 1. Alt. BRAO). Sie läuft nach der Hilfsregelung des § 51, 2. Alt. BRAO nur dann ab Mandatsende, wenn zu diesem Zeitpunkt noch kein Schaden entstanden war, diese Alternative also zu einem früheren Ende der Frist führt (BGHZ 94, 380, 390).**

- a) Die Klägerin macht ausschließlich die im Verfahren der einstweiligen Verfügung entstandenen Kosten als Schaden geltend. Ob dieser Anspruch bereits mit Ablauf der Vollziehungsfrist am 8. 1. 1982 entstanden war, wie die Revision meint, kann dahingestellt bleiben

(zur Schadenentstehung vgl. Senatsurt. v. 1. 2. 1990 – IX ZR 82/89, WM 1990, 815, 816; v. 4. 4. 1991 – IX ZR 215/90, ZIP 1991, 589, 590). Jedenfalls war er mit Verkündung des gemäß § 545 Abs. 2 ZPO sofort rechtskräftig gewordenen Berufungsurteils am 19. 8. 1982 eingetreten.

- b) Damit verjährte der Primäranspruch spätestens am 20. 8. 1985; denn das Schreiben der **Haftpflichtversicherung** vom 30. 12. 1982 hat die Verjährung weder unterbrochen noch zu deren **Hemmung** geführt. Die Versicherung hat darin ausdrücklich darauf hingewiesen, daß mit ihrer Stellungnahme ein haftungsrechtliches Präjudiz zu Lasten ihrer Versicherungsnehmer nicht verbunden sei. Auch ein pactum de non petendo mit der Wirkung des § 202 Abs. 1 BGB ist schon nach dem eigenen Vortrag der Klägerin zwischen den Parteien nicht zustande gekommen.

Ein solcher **befristeter Verzicht auf die Geltendmachung einer Forderung** setzt eine rechtsgeschäftliche Vereinbarung voraus, wonach der Schuldner vorübergehend zur Verweigerung der Zahlung berechtigt sein soll (BGH, Urt. v. 28. 11. 1972 – VI ZR 126/71, NJW 1973, 316, 317; v. 21. 2. 1983 – VIII ZR 4/82, NJW 1983, 2496, 2497). Zwar kann eine solche Abrede auch stillschweigend getroffen werden. Indes fehlt es hier schon an einem äußeren Verhalten, das als Ausdruck einer solchen einvernehmlichen Entschließung gedeutet werden könnte. Das Schreiben der Haftpflichtversicherung gibt lediglich deren Absicht bekannt, mit einer Entscheidung über die angemeldeten Ansprüche noch abzuwarten. Es enthält keine Bitte oder Anregung an die Anspruchsteller, die Weiterverfolgung ihres Begehrens vorläufig zurückzustellen, und konnte folglich aufgrund seines Erklärungswertes nicht als Angebot zu einer Stundungsabrede verstanden werden. Diese vom Berufungsgericht unterlassene Auslegung darf der Senat selbst vornehmen, da weitere tatsächliche Feststellungen insoweit nicht in Betracht kommen. Die anschließende beiderseitige Untätigkeit hatte keine Auswirkungen auf den Ablauf der Verjährungsfrist.

- c) Der Berufung auf die Verjährung steht der **Einwand unzulässiger Rechtsausübung** nicht entgegen. Abgesehen davon, daß der von der Klägerin erhobene Vorwurf der Untätigkeit sowie der nachlässigen Bearbeitung des Mandats in der Hauptsache nicht ausreicht, um einen groben Verstoß gegen Treu und Glauben zu begründen (vgl. Senatsurt. v. 1. 10. 1987 – IX ZR 202/86, NJW 1988, 265, 266; v. 21. 1. 1988 – IX ZR 65/87, NJW 1988, 2245, 2247; v. 3. 11. 1988 – IX ZR 203/87, WM 1988, 1855, 1858), betrifft er lediglich die Zeit ab September 1985, als der Anspruch bereits verjährt war.

2. Der Klägerin steht auch kein sogenannter Sekundäranspruch zu.
- a) Die den Belangen des Anwalts in besonderer Weise Rechnung tragende Verjährungsregelung des § 51 BRAO erfordert zum Ausgleich und zum Schutz der Interessen des Mandanten Sorgfaltsmaßnahmen des Anwalts, die darauf abzielen, seinem Auftraggeber die entstandene Regreßmöglichkeit zu erhalten. Hat der Anwalt vor Ablauf der Verjährung des Primäranspruchs begründeten Anlaß zu prüfen, ob er dem Mandanten durch einen Fehler einen Schaden zugefügt hat, und muß er dabei eine durch seinen Fehler eingetretene Schädigung erkennen, so entsteht die Verpflichtung, hierauf sowie auf die kurze Verjährungsfrist des § 51 BRAO hinzuweisen (BGHZ 94, 380, 385 f; Senatsurt. v. 18. 9. 1986 – IX ZR 204/85, NJW 1987, 326; v. 1. 2. 1990 – IX ZR 82/89, WM 1990, 815, 817). Das hat so rechtzeitig zu geschehen, daß der Mandant in der Lage ist, ohne Zeitdruck anderweitigen Rechtsrat einzuholen und gegebenenfalls die Verjährung durch gerichtliche Geltendmachung (§ 209 BGB) zu unterbrechen. Versäumt der haftpflichtige Anwalt dies schuldhaft, steht dem Geschädigten der sogenannte Sekundäranspruch zu, der sich darauf richtet, so gestellt zu werden, als wäre die Verjährung des primären Schadenersatzanspruchs nicht eingetreten. **Die Pflicht, über die Regreßmöglichkeit zu belehren, entfällt allerdings, wenn der Mandant rechtzeitig vor Ablauf der Verjährung wegen der Haftungsfrage anwaltlich beraten wird** (BGH, Urt. v. 8. 5. 1984 – VI ZR 156/82, NJW 1984, 2204; v. 26. 2. 1985 – VI ZR 144/83, NJW 1985, 1151, 1152; v. 1. 2. 1990 – IX ZR 82/89, WM 1990, 815, 818) **oder auf anderem Wege über den Schadenersatzanspruch und dessen Verjährung Kenntnis erhält** (Senatsurt. v. 18. 9. 1986 – IX ZR 204/85, NJW 1987, 326, 327).
- b) Den Beklagten war der ihnen unterlaufene Fehler sowie der ihrem Mandanten daraus entstandene vermögensrechtliche Nachteil bekannt. Eine Belehrung über die gegen sie bestehenden Ansprüche haben sie nicht erteilt. Gleichwohl ist es ihnen nicht verwehrt, sich auf die Verjährung des Primäranspruchs zu berufen.
- aa) Der Klägerin selbst, den als Klägern im Verfahren der einstweiligen Verfügung aufgetretenen Personen sowie den H. Anwälten war der Schadenersatzanspruch gegen die Beklagten bekannt. Rechtsanwalt S. hat sich in dieser Sache an sie gewandt und darüber hinaus namens seiner Mandanten die Ansprüche bei der Haftpflichtversicherung angemeldet. Deren Schreiben vom 30. 12. 1982 haben die Beklagten zur Kenntnis erhalten. Damit hatte Rechtsanwalt S. die Beratung in der Haftpflichtsache und aus der Sicht

der Beklagten auch die Durchsetzung der gegen sie gerichteten Ansprüche übernommen. Zwar hat die Klägerin bestritten, Rechtsanwalt S. in der Regreßsache gegen die Beklagten ein Mandat erteilt zu haben. Dieses Vorbringen kann als richtig unterstellt werden. Rechtsanwalt S. war umfassend mit der Wahrnehmung der Interessen der Mitarbeiter der Klägerin gegenüber ihrer Wettbewerberin beauftragt worden. Diese Aufgabe endete nicht mit der Vertretung durch die Beklagten in dem vor dem Landgericht F. geführten Rechtsstreit. Im Einvernehmen mit seinen Auftraggebern war er als Verkehrsanwalt tätig. **Zwar trifft den Korrespondenzanwalt grundsätzlich keine Verpflichtung, den Prozeßbevollmächtigten bei seiner Tätigkeit zu überwachen. Wenn sich ihm jedoch aufgrund besonderer Umstände die Annahme aufdrängen muß, daß der Prozeßbevollmächtigte seine Pflichten nicht erfüllt hat, so ist er im Rahmen seiner eigenen Beratungspflicht gehalten, den Mandanten darauf hinzuweisen** (Senatsurt. v. 17.12.1987 – IX ZR 41/86, NJW 1988, 1079, 1082). Da ihm das haftungsbegründende Verhalten der Beklagten bekannt geworden war, mußte er schon aufgrund des ihm erteilten Mandats seine Auftraggeber über die ihnen entstandenen Schadenersatzansprüche und deren Verjährung beraten. Diese Ansprüche sind auch nicht etwa ohne Wissen und Willen der Klägerin und ihrer davon betroffenen Angestellten angemeldet worden.

- bb) Allerdings war den Beklagten nicht bekannt, ob Rechtsanwalt S. tatsächlich auf die Vorschrift des § 51 BRAO hingewiesen hatte. Darauf kommt es indes nicht an, weil der haftpflichtige Anwalt den Inhalt der erteilten Belehrung in der Regel nur erfahren kann, indem er sich danach beim Mandanten oder dem Kollegen erkundigt. Ein solches Vorgehen ist ihm nicht zumutbar; denn damit würde er in fremde Vertragsbeziehungen eingreifen und das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen dem neuen Anwalt und dessen Auftraggeber stören. Dazu wäre er nicht befugt; infolgedessen hätte er auch keinen Anspruch, die begehrte Information zu erhalten. **Aus Gründen der Rechtssicherheit und -klarheit darf der Fortbestand der Belehrungspflicht des haftenden Anwalts ebenfalls nicht vom Inhalt der Beratung abhängig sein, die der in der Sache nunmehr tätige Anwalt dem Mandanten erteilt hat.** Meldet ein anderer Rechtsanwalt namens seiner Auftraggeber deren Schadenersatzanspruch rechtzeitig an, kann der regreßpflichtige Anwalt grundsätzlich davon ausgehen, daß der Anspruchsteller über die Verjährungsvorschrift des § 51 BRAO, auf den jeder Regreßanspruch bearbeitende Anwalt besonders hinzuweisen hat, hinreichend ins Bild gesetzt ist und daher keiner weiteren

Belehrung mehr bedarf. Die aus dem neuen Mandat begründeten Hinweispflichten treten an die Stelle derjenigen, die dem haftpflichtigen Rechtsanwalt ansonsten zur Erhaltung der gegen ihn gerichteten Ansprüche obliegen. Diese Begrenzung des Sekundäranspruchs ist auch unter Berücksichtigung aller schutzwürdigen Interessen des Mandanten gerechtfertigt. Hat ihn ein anderer Anwalt hinsichtlich des entstandenen Anspruchs vertraglich zu beraten, so ist er durch dessen Haftung gegen einen ihm aus der Verjährung entstehenden Schaden hinreichend gesichert.

Rechtsmittelauftrag

- Mandatsübernahme durch RA
zweiter Instanz

(BGH Beschl. v. 20. 6. 1991 – VII ZB 18/90)

Leitsatz:

Ein erstinstanzlicher Prozeßbevollmächtigter kann sich selbst dann ohne weitere Nachforschungen darauf verlassen, daß sein Rechtsmittelauftrag den Anwalt zweiter Instanz rechtzeitig erreicht, wenn es an sich zwischen den Kanzleien üblich ist, auch bereits angesprochene Mandatsübernahmen schriftlich zu bestätigen, im Einzelfall eine solche Bestätigung aber ausbleibt (im Anschluß an BGHZ 105, 116).

Aus den Gründen:

Der Bundesgerichtshof entscheidet zwar in ständiger Rechtsprechung, daß sich bei der Erteilung von Rechtsmittelaufträgen die Sorgfaltspflicht des beauftragenden Rechtsanwaltes nicht in dem rechtzeitigen Absenden des Auftragsschreibens erschöpft. Vielmehr muß dieser Anwalt auch dafür Sorge tragen, daß der beauftragte Rechtsanwalt den **Auftrag innerhalb der laufenden Rechtsmittelfrist bestätigt**. Bleibt die Bestätigung aus, muß der erstinstanzliche Prozeßbevollmächtigte rechtzeitig vor Ablauf der Berufungsfrist rückfragen (BGH Beschl. v. 4. 12. 1986 – I ZB 7/86 = VersR 187, 589; BGH NJW 1988, 3020 = VersR 1988, 1162 = GI 1990, 32 = BGHZ 105, 116, 117 f, jeweils m. w. N.).

Anders liegt nach der Rechtsprechung der Fall aber, wenn zwischen den Anwälten der beiden Instanzen abgesprochen worden ist, daß der Rechtsmittelanwalt den Berufungsauftrag annimmt und ausführt. Dann

besteht für den erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten kein Grund, von sich aus den Ablauf der Berufungsfrist zu überwachen. Er kann sich vielmehr grundsätzlich darauf verlassen, daß der erteilte Auftrag den Rechtsmittelanwalt rechtzeitig erreicht. Eine Pflicht, Nachforschungen anzustellen, besteht allenfalls dann, wenn sich dem Auftraggeber nach den Umständen des Falles die Befürchtung aufdrängen mußte, daß mit dem Auftrag etwas nicht in Ordnung sei (BGH a.a.O. S. 119 ff.).

Nach diesen Grundsätzen kann dem erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten des Klägers kein Fehlverhalten angelastet werden. Nach der telefonischen Abrede, den Berufungsauftrag zu übernehmen, hatte der erstinstanzliche Prozeßbevollmächtigte nicht besonders zu prüfen, ob sein rechtzeitig abgesandter Berufungsentwurf einschließlich Begleitschreiben den Berufungsanwalt innerhalb des vorgesehenen Zeitraums auch erreichte. Etwaige Verzögerungen des Postverkehrs brauchte er sich nicht zurechnen zu lassen (vgl. BGH a.a.O. S. 120).

.....

Haftung des Steuerberaters

- Abtretung eines Steuererstattungsanspruchs
 - Anerkennung durch das Finanzamt
 - Belehrungspflichten
- (OLG Hamm Urt.v. 7.6.1989 – 25 U 168/88)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Hat der Mandant sich von einem Schuldner Steuererstattungsansprüche abtreten lassen, so muß der beratend hinzugezogene StB darauf hinweisen, daß das Finanzamt u. U. die Abtretung nicht anerkennt.
2. Wenn der StB seinen Mandanten statt dessen nur zum Erwerb einer Steuererstattungsforderung eines anderen Mandanten veranlaßt, so haftet er dem Erwerber für den Bestand der Forderung und hat ihm evtl. Schäden zu ersetzen.

Aus den Gründen:

Das Landgericht hat den Beklagten im Ergebnis zu Recht für verpflichtet gehalten, an den nach § 6 Konkursordnung aktiv legitimierten Kläger Ersatz für den Schaden zu leisten, den die Gemeinschuldnerin durch den Ausfall mit dem von der E. A.-T-GmbH abgetretenen Vorsteuererstattungs-

anspruch in der unstreitigen Höhe von 67.213,90 DM erlitten hat. Dabei kann dahinstehen, ob der Beklagte anlässlich der Besprechung vom 3.12.1984 Erklärungen abgegeben hat, die auch ohne Einhaltung der Schriftform eine vom Schuldgrund losgelöste selbständige Anspruchsgrundlage i. S. der §§ 780, 781 BGB zu schaffen geeignet waren oder als gesamtschuldnerischer Beitritt zu einer Schuld der Firma E. A.-T.-GmbH gegenüber der Gemeinschuldnerin hätten angesehen werden können. Denn der Beklagte ist schon nach dem unstreitigen Sachverhalt zum Schadenersatz verpflichtet. Er hat der Gemeinschuldnerin im März 1983 **unter Inanspruchnahme des in ihn als Steuerberater gesetzten Vertrauens pflichtwidrig zu einer schädlichen Vermögensdisposition geraten**. Dabei kommt es letztlich nicht darauf an, ob das seinerzeit abgeschlossene Geschäft als Darlehensvereinbarung zwischen der Gemeinschuldnerin und dem Beklagten oder als Darlehensvereinbarung zwischen der Gemeinschuldnerin und der E. A.-T.-GmbH verbunden mit einer Forderungsabtretung zur Sicherung des Darlehensrückzahlungsanspruches oder als ein Forderungskauf i. S. der §§ 433 ff., 437 BGB zwischen der E. und der Gemeinschuldnerin zu qualifizieren ist, wobei für letzteres immerhin spricht, daß die Gemeinschuldnerin die abgetretenen Ansprüche sofort zur Aufrechnung verwenden wollte und die Gegenleistung, wovon aufgrund der nicht angegriffenen Bekundung der Zeugin M. S. vor dem Landgericht auszugehen ist, letztlich der E. A.-T.-GmbH zufließen sollte.

Entscheidend ist, daß der Beklagte nach der gleichfalls nicht angegriffenen Bekundung der Zeugin S. das Geschäft gerade in seiner Eigenschaft als Steuerberater sowohl der Gemeinschuldnerin wie der Firma E. A.-T.-GmbH unter Verwendung seiner durch Beratung beider Firmen gewonnenen Kenntnisse initiiert, vermittelt und dabei die Gemeinschuldnerin zur Verauslagung von 67.213,90 DM für einen nicht werthaltigen Vorsteuererstattungsanspruch in gleicher Höhe veranlaßt hat.

Wer als Steuerberater einen Mandanten zum Erwerb einer Steuererstattungsforderung eines anderen seiner Mandanten veranlaßt, haftet dem Erwerber für den Bestand der Forderung und hat ihm etwa daraus erwachsene Schäden zu ersetzen.

Die objektive Pflichtwidrigkeit dieses auch innerhalb des Pflichtenkreises des Beklagten als Steuerberater liegenden Rates folgt, sofern man sie nicht schon als durch seine unstreitige Schädlichkeit indiziert ansehen will, jedenfalls daraus, daß der Beklagte entgegen der ihm aufgrund des Beratungsverhältnisses zur Gemeinschuldnerin obliegenden Treuepflicht Schaden von dieser abzuwenden, **den Hinweis auf die Möglichkeit der Nichtanerkennung des abgetretenen Anspruches durch das Finanzamt unterlassen hat**. Daß der abgetretene Anspruch für die Gemein-

schuldnerin erkennbar noch nicht vom Finanzamt geprüft sein konnte, weil die zugrundeliegende Umsatzsteuervoranmeldung erst vom 9.3.1983 datierte, enthob den Beklagten nicht der Pflicht zu diesem Hinweis, sondern verpflichtete ihn erst recht zu ihm. Denn er mußte erkennen, daß sich die Gemeinschuldnerin gerade deshalb ausschließlich darauf verließ, daß er, der ja auch die zugrundeliegende Umsatzsteuervoranmeldung für die E. A.-T.-GmbH selbst erstellt hatte, die Anerkennungsfähigkeit des Anspruches aufgrund sorgfältiger Prüfung unter Berücksichtigung von Rechtsprechung und Verwaltungspraxis zu Recht für gegeben hielt. Es kommt deshalb nicht darauf an, ob der Beklagte die abgetretene Forderung ausdrücklich als sicher oder gar vom Finanzamt geprüft bezeichnet hat. Denn dem erteilten Rat, sich den Anspruch abtreten zu lassen, kommt selbst schon dieser Erklärungswert zu, weil es der Rat des Steuerberaters beider beteiligter Firmen war.

Die **Ursächlichkeit** der Pflichtwidrigkeit für den Schadeneintritt bedarf keiner näheren Erörterung. Der Beklagte hat unwidersprochen gelassen, daß die Gemeinschuldnerin sich die vom Finanzamt nicht anerkannten Forderungen nicht hätte abtreten lassen, wenn sie auf die Möglichkeit der Nichtanerkennung hingewiesen worden wäre.

Vom **Verschulden** des Beklagten ist in entsprechender Anwendung des § 282 BGB aufgrund gesetzlicher Vermutung auszugehen. Es oblag nicht der Klägerin, darzutun, weshalb der Beklagte im März 1983 Zweifel an der Anerkennung der abgetretenen Forderungen durch das Finanzamt hat haben müssen, sondern dem Beklagten, sich insoweit zu entlasten und dazu konkret darzutun, weshalb er solche Zweifel nicht hat haben müssen, was die konkrete Darstellung des Sachverhalts, aus welchem die abgetretenen Ansprüche hergeleitet wurden, vorausgesetzt hätte. Darüber hinaus hätte der Beklagte dartun müssen, weshalb er von der Anerkennung der aus diesem Sachverhalt hergeleiteten Vorsteuererstattungsansprüche als sicher ausgehen konnte.

Versicherungsschutz

- Serienschadenklausel
- Prospektprüfung
- Anmerkung

(LG München I, Urt.v. 18.12.1991 – 4 O 11 723/91, n. rkr.)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Die Erstellung eines fehlerhaften Prospektprüfungsberichts begründet unabhängig von der Zahl der durch ihn geschädigten Bauherren nur einen Schadenfall (§§ 5 Nr. 1, 3 II Nr. 2 AVB WB). Die Eintrittspflicht des Versicherers ist auf die Versicherungssumme beschränkt.
2. Die Serienschadenklausel ist nicht unklar im Sinne § 5 AGB Gesetz.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger fordert aus überwiesenem Recht von dem beklagten Versicherungsunternehmer die Zahlung von Hauptsache, Kosten des Erkenntnisverfahrens, Vollstreckungskosten und Avalzinsen (jeweils zuzüglich Zinsen), die ihm die Versicherungsnehmerin der Beklagten aufgrund ihrer rechtskräftigen Verurteilung im Vorverfahren 4 O 3923/86 schuldet.

Die I-Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH unterhielt bei der Beklagten eine Vermögensschadenhaftpflichtversicherung, wobei als Versicherungssumme der Betrag von DM 500.000,- vereinbart worden war. Die Allgemeine Versicherungsbedingungen zur Haftpflichtversicherung für Vermögensschäden sowie die „Besonderen Bedingungen für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von Wirtschaftsprüfern und vereidigten Buchprüfern“ waren in den Versicherungsvertrag einbezogen.

Die I-GmbH erstellte Ende des Jahres 1980 im Auftrag der Firma K. GmbH für ein von dieser initiiertes und vertriebenes Bauherrenmodell R./St. „moderne Stadthäuser mit Atrium“ ebenso wie für ein weiteres Modell „Landhäuser“ nach Durchführung einer Prospektprüfung einen Prüfbericht, wobei sie sich ausschließlich auf Informationen durch die Initiatorin und deren Firmengruppe stützte, ohne dies jedoch im Prüfbericht klarzustellen. Auszüge des Prüfberichtes wurden in den Prospekten der Bauherrenmodelle veröffentlicht.

Noch in der Bauphase gerieten die Firmen der K-Gruppe in Vermögensverfall; die Bauherren stellten die Objekte schließlich auf eigene Kosten fertig.

Der hiesige Kläger hat gegen die Firma I-GmbH das zwischenzeitlich rechtskräftige Urteil der Kammer, K2, erwirkt, in dem ihm ein Hauptsachebetrag von DM 143.667,48 zugesprochen wurde. Ferner ergingen in dem Verfahren Kostenfestsetzungsbeschlüsse zum Nachteil der Firma I-GmbH. Dem Kläger entstanden schließlich Aufwendungen für Avalzinsen und Vollstreckungskosten.

Auf die Schadenaufstellung des Klägers wird Bezug genommen.

Auch andere Bauherren haben zwischenzeitlich rechtskräftige Titel gegen die Firma I-GmbH erwirkt.

Der Kläger hat die Ansprüche der I-GmbH gegen die Beklagte gepfändet; diese sind ihm überwiesen worden.

Die Beklagte hat bereits vorgerichtlich die Rechtsauffassung vertreten, unabhängig von der Anzahl der jeweils geschädigten Bauherren pro Bauherrenmodell nur einmal mit der Versicherungssumme zu haften, da ein sogenannter Serienschaden im Sinne von § 3 II Nr. 2 AVB WB vorliege. Sie und die Firma I-GmbH haben mit den geschädigten Bauherren am 28.6.1990 einen Vergleich geschlossen, der eine quotenmäßige Befriedigung der Bauherren vorsah. Dem Kläger ist jedoch ausdrücklich das Recht eingeräumt worden, die von ihm geltend gemachten weiteren Ansprüche gegen die Beklagte weiter zu verfolgen.

In Erfüllung dieses Vergleichs zahlte die Beklagte zur quotenmäßigen Befriedigung des Klägers an diesen den Betrag von DM 55.766,42 aus; diese vorgerichtliche Zahlung ist bereits in der in der Klageschrift aufgemachten Schadenberechnung berücksichtigt. Im Laufe des anhängigen Rechtsstreites zahlte die Firma I-GmbH in Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Vergleich einen Betrag von DM 2.664,61 an den Kläger aus.

Mit Gerichtsstandvereinbarung vom 21.3./17.4.1991 haben die Parteien die Zuständigkeit des angegangenen Landgerichts München I vereinbart.

Der Kläger hält vorliegend die von der Beklagten herangezogene „Serienschadenklausel“ für nicht anwendbar; vielmehr hatte die Beklagte jedem einzelnen Bauherren jeweils mit der Versicherungssumme. Im übrigen sei die fragliche Klausel in einer Weise unklar, daß sie zum Nachteil der Beklagten ausgelegt werden müsse. Der Kläger beruft sich hierbei auf LG Köln, DB 1988, 2093 (rechtskräftig infolge Berufungsrücknahme).

Zu Unrecht berufe sich die Beklagte auch auf den Haftungsausschluß des § 4 Nr. 5 AVB. Die Versicherungsnehmerin habe fahrlässig, nicht vorsätzlich gehandelt.

Die Parteien haben im Termin vom 27.11.1991 die Hauptsache übereinstimmend für erledigt erklärt in Höhe der im Laufe des Rechtsstreits erfolgten Zahlungen der Versicherungsnehmerin.

Der Kläger hat danach zuletzt beantragt:

der Beklagte wird verurteilt, an den Kläger DM 101.183,66 nebst 4 % Zinsen wie folgt zu bezahlen:

aus DM 143.667,48 vom 8. 1. 1986 bis 3. 4. 1991

aus DM 91.518,83 ab 4. 4. 1991

aus DM 4.944,08 vom 14. 11. 1989 bis 3. 4. 1991

aus DM 1.326,31 ab 4. 4. 1991

aus DM 3.178,55 ab 10. 1. 1991

aus DM 7.824,58 vom 26. 6. 1991 bis 4. 11. 1991 und

aus DM 5.159,97 ab 5. 11. 1991.

Die Beklagte läßt Klageabweisung beantragen.

Sie trägt vor, ihre Versicherungsnehmerin habe einen wissentlichen Pflichtverstoß begangen, was sich insbesondere aus den Feststellungen des Oberlandesgerichts im Fall D. -/- I-GmbH ergebe. Deshalb sei der Ausschußtatbestand des § 4 Nr. 5 AVB erfüllt.

Im übrigen sei vorliegend die Serienschadenklausel des § 3 II Nr. 2 AVB WB einschlägig; zu Unrecht zitiere der Kläger die Entscheidung des Landgerichts Köln: diese beziehe sich nämlich auf die Haftung im Falle mehrerer Auftraggeber des Wirtschaftsprüfers. Die Versicherungsnehmerin habe vorliegend jedoch einen einzigen Auftraggeber gehabt.

Die Einzelheiten des Sachvortrags der Parteien ergeben sich aus den gewechselten Schriftsätzen.

Aus den Gründen:

I.

Die Klage ist zulässig, insbesondere ist aufgrund der gemäß § 38 Abs. 3 Nr. 1 ZPO wirksamen Gerichtsstandvereinbarung das angegangene Landgericht München I örtlich zuständig.

II.

In der Sache ist die Klage schon deshalb abzuweisen, weil der Versicherungsnehmerin der Beklagten nur ein Anspruch auf die unstreitig erfolgte quotenmäßige Befriedigung des Klägers zustand, ein weitergehender

Anspruch daher dem Kläger nicht überwiesen werden konnte (§ 3 II Nr. 2 AVB WB). – Ob darüber hinaus der Ausschlußtatbestand des § 4 Nr. 5 AVB WB verwirklicht ist, braucht die Kammer deshalb nicht aufzuklären.

1. Unstreitig ist die sogenannte **Serienschadenklausel** des **§ 3 II Nr. 2 AVB WB** in den Haftpflichtversicherungsvertrag der Firma I.-GmbH mit der Beklagten einbezogen worden.

Die Auslegung dieser Klausel ergibt nach Auffassung der Kammer eindeutig, daß die Erstellung und Abfassung des mißverständlichen Prüfberichts für das Bauherrenmodell „moderne Stadthäuser mit Atrium“ unabhängig von der Zahl der infolgedessen geschädigten Bauherren **einen einzelnen Schadenfall** mit der Folge der betragsmäßigen Begrenzung der Haftung der Beklagten auf eine Versicherungssumme darstellt.

Bei der Auslegung der „**Serienschadenklausel**“ ist zunächst heranzuziehen die **vertragliche Definition des „Versicherungsfalles“** in **§ 5 Nr. 1** der AVB. Danach gilt im Bereich der Versicherung für Vermögensschäden der möglicherweise schadenauslösende Verstoß als Versicherungsfall, nicht aber der tatsächliche Schadeneintritt (Kausalereignistheorie, nicht Folgeereignistheorie, vgl. auch OLG Saarbrücken, VVGE Nr. 1 zu § 5 AVB WB). Aus dem Kontext des § 5 Nr. 2 dritter bis fünfter Absatz, Nr. 3 AVB ergibt sich, daß der Versicherungsfall, der tatsächlich die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen herbeigeführt hat, als „Schadenfall“ angesehen wird. Bereits aus dieser vertraglichen Regelung des „Schadenfalles“ im unmittelbaren Kontext nach der vertraglichen Definition des Versicherungsfalles ergibt sich, daß ein Versicherungsfall bei Geltendmachung von Ansprüchen nur einen einzigen Schadenfall im Sinne der vertraglichen Regelungen auslösen kann. Besonders klar wird dies aus § 5 Nr. 3, 2. Absatz: diese Regelung verbietet es dem Versicherungsnehmer unter der Überschrift „weitere Behandlung des Schadenfalles“, ohne Zustimmung des Versicherers **einen** Haftpflichtanspruch anzuerkennen, zu vergleichen oder zu erfüllen. Daß im Rahmen eines Schadenfalles mehrere Haftpflichtansprüche abzuwickeln sind, ist von den vertragschließenden Parteien also durchaus ins Auge gefaßt worden. Ebenso bestimmt § 5 Nr. 4 AVB, daß der Versicherer „die fälligen Beträge“ innerhalb bestimmter Fristen zu bezahlen hat; auch diese Regelung umfaßt daher die Möglichkeit mehrerer Geschädigter.

Schließlich ist nach Auffassung der Kammer die gesetzliche Bestimmung des **§ 156 Nr. 3 VVG** bei der Auslegung der Serienschadenklausel heranzuziehen, die ausdrücklich den Fall betrifft, daß **die Versicherungssumme für mehrere Geschädigte nicht ausreicht**.

Nach dem Gesagten stellen die Schäden, für die die Versicherungsnehmerin der Beklagten aus dem mißverständlichen Prüfbericht für das Bauherrenmodell „moderne Stadthäuser mit Atrium“ den beteiligten Bauherren haftet, einen einzelnen Schadenfall dar (§ 3 II Nr. 2 AVB), da ein oder auch mehrere Pflichtwidrigkeiten der Versicherungsnehmerin bei einer einheitlichen Leistung (Vorbereitung und Erstellung des Prüfberichtes) den einheitlichen Versicherungsfall im Sinne der Kausalereignistheorie bilden, der, wenn auch bei verschiedenen Bauherren, Schäden ausgelöst hat.

Angesichts der vertraglichen Definition in § 5 Nr. 1 AVB WB hält die Kammer die fragliche **Serienschadenklausel auch nicht für unklar im Sinne von § 5 AGBG**. Auch aus der Sicht eines verständigen Versicherungsnehmers wirft die Klausel nach Auffassung der Kammer keine besonderen Auswägungsprobleme oder Unklarheiten auf.

Die Kammer ist mit dem Beklagtenvertreter der Auffassung, daß die vom Kläger zitierte Entscheidung des Landgerichts Köln auf den vorliegenden Fall schon wegen schwerwiegender Sachverhaltsunterschiede nicht herangezogen werden kann. Inhaltlich gleiche Leistungen, die verschiedenen Auftraggebern aufgrund verschiedener Aufträge geschuldet werden, sind auch nach Auffassung der Kammer keine einheitliche Leistung im Sinne der Serienschadenklausel.

Anmerkung:

Das Urteil des LG Köln (DB 1988, 2093) betraf die Haftung eines Treuhänders gegenüber seinen jeweiligen Treugebern. Es wurde heftig kritisiert und in der 2. Instanz verglichen. Ob seine Aussage zum Inhalt der Serienschadenklausel zukunftsweisend ist, werden die Gerichte zu entscheiden haben. Beiläufig: Das Verfahren vor dem LG Köln betraf nicht Gerling.

Die Entscheidung des LG München konnte und durfte nicht an das LG Köln anknüpfen: Der Prospektprüfer schließt nur **einen** Prüfungsvertrag mit dem Initiator, der Treuhänder ist demgegenüber aufgrund diverser Treuhandverträge mit den Bauherren gebunden. Der Prospektprüfer kann objektiv nur gegen einen Vertrag verstoßen und wird auch nur von einem Vertragspartner bezahlt.

Weiterführende Hinweise zur Serienschadenklausel:

BGH GI 1991, 248 = BB 1991, 1376, hierdurch wurde die Entscheidung des OLG Köln GI 1990, 251 = VersR 1990, 1144 aufgehoben: Die fortwährende fehlerhafte Beurteilung einer Steuerfrage begründet pro Veranlagungsjahr nur einen Verstoß. Die jährlichen Steuererklärungen stehen weder in einem rechtlichen noch einem wirtschaftlichen Zusammenhang gem. § 3 Abs. II Ziff. 2 c AVB-WB.

GI Leitsätze**Werbeverbot / „Strafverteidiger“**

Die Selbstbezeichnung eines Rechtsanwaltes als „Strafverteidiger“ ist berufswidrige Werbung.

(BGH Beschl. v. 7.10.1991 – AnwZ (BI) 25/91 – BRAK-Mitt. 1991, 228)

Freistellungsanspruch / Zahlungsanspruch / Verjährung

Die Rechtskraft der Verurteilung zur Freistellung schließt Einwendungen des Verurteilten gegen den Grund seiner Schadenersatzpflicht in einem nachfolgenden Zahlungsprozeß aus.

Ein Zahlungsanspruch, in den ein rechtskräftig zuerkannter Freistellungsanspruch übergegangen ist, verjährt erst 30 Jahre nach Rechtskraft des Freistellungsurteils.

(BGH Urt. v. 26. 2. 1991 – XI ZR 331/89-RPKU 1.045/91)

Kapitalanlagebetrug, Schutzgesetz gem. § 823 Abs. 2 BGB, deliktische Haftung

§ 264 a StGB ist Schutzgesetz im Sinne des § 823 Abs. 2 BGB.

(BGH Urt. v. 21. 10. 1991 – II ZR 204/90)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 – 3, 1992)

Abtretung		
– Abtretungsverbot, Zweckbindung, § 399 BGB	92, 58	
– d. Steuererstattungsanspruchs = Belehrungspflicht d. Stb	92, 77	
Allgemeine Geschäftsbedingungen		
– Haftungsbegrenzung, grobe Fahrlässigkeit	92, 2	
– Rechtswahlklausel	92, 25	
Ampflichtverletzung d. FA		
– Abweichen v. Steuerrichtlinien	92, 54	
– Prüfung d. eingereichten Belege	92, 54	
Arglistseinwand		
– gegenüber Verjährungseinrede	92, 46	
Auskunftsvertrag		
– stillschweigender Abschluß = Bilanz, Status	92, 8	
Belehrungspflicht d. RA		
– beschränkte Erbenhaftung	92, 58	
Belehrungspflicht d. Stb/Wp		
– Abtretung Steuererstattungsanspruch	92, 77	
– Befreiungstatbestand = vor 15 Jahren	92, 22	
Beweislast		
– unterlassene Aufklärung/Belehrung = Beweisvermutung	92, 58	
– f. Mandatumumfang	92, 2	
Bilanzerstellung		
– Aussagekraft d. Bilanz	92, 10	
– Dritthaftung	92, 8	
– Testat	92, 8	
Bundesverfassungsgericht		
– Anwaltpflichten	92, 24	
Dienstvertrag		
– Steuerberatungsvertrag	92, 63	
Dritthaftung		
– Verschulden b. Vertragsverhandlungen	92, 18	
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter = obj. Interessenlage	92, 8	
– Testat	92, 8	
– vertragsähnli. Vertrauenshaftung	92, 17	
Erbenhaftung, beschränkte		
– Belehrungspflicht d. RA	92, 58	
Feststellungsklage		
– negative –	92, 28	
Freistellungsanspruch		
– Einwendungen i. Zahlungsprozeß	92, 85	
– Verjährung	92, 85	
Fristenkontrolle		
– Telefax = Funktionsfähigkeit	92, 41	
– Überwachung durch Mandanten	92, 59	
Haftungsbeschränkung		
– auf grobe Fahrlässigkeit	92, 2	
Honoraranspruch d. Stb		
– Fälligkeit, § 7 StbGebV = Betriebsprüfung	92, 44	
Kapitalanlagebetrug		
– Schutzgesetz, § 823 Abs. 2 BGB	92, 85	
Kausalität		
– Beratungsfehler/fehlende Mandanteninfo	92, 28	
Konkursverwalter Haftung d. –		
– Hilfskräfte gegen Entgelt	92, 25	
– Interessenkollision	92, 25	
– Steuerhaftung	92, 25	
Lohnsteuererstattung		
– Finanzierung d. Kreditinstitute = Mitwirkung d. Lohnsteuerhilfevereins	92, 28	
Lohnsteuerhilfeverein		
– Mitwirkung b. d. Vorfinanzierung d. Lohnsteuer	92, 28	
Mitverschulden		
– Fristüberwachung	92, 59	
– richtige Informationen an StB = durch Dritte	92, 22	
– Steuererklärung	92, 58	
Prospekthaftung		
– b. Bauherrenmodell = Hamburger Modell	92, 29	
– d. Gutachters	92, 3	
– Rechtswahlklausel	92, 25	
– Schaden = Befreiung v. Vertrag	92, 29	
– Verjährung = § 68 StBerG	92, 29	
Rechtsberatung / Rechtsbesorgung		
– Erschließungsbeiträge	92, 28	
– Steuerberater = Erschließungsbeiträge	92, 28	
Rechtsmittelauftrag		
– ohne Auftragsbestätigung	92, 76	
Rechtswahlklausel		
– Prospekthaftung	92, 25	
Schaden		
– Kapitalanlage = Rückabwicklung	92, 29	
Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB		
– Jahresabschluß	92, 19	
Steuerberatungsgesetz		
– § 4, Zf. 5 = unmittelbarer Zusammenhang	92, 28	
– § 5 = Steuerberechnung, Wirtschaftsberatungsfirma	92, 28	

- § 33, Hilfeleistung in Steuersachen = Rechenzentrum	92, 2	BGH v. 23. 4. 1991 – I StR 734/90 = RPKU 1.124/91	92, 58
- § 57 = Werbeverbot, Anwaltssuchservice	92, 25	BGH v. 10. 6. 1991 – II ZR 247/90 = RPK U 1.077/91	92, 58
Steuererklärung		BGH v. 19. 6. 1991 – 2 StR 357/90	92, 44
- Informationen d. Mandanten	92, 22	BGH v. 20. 6. 1991 – VII ZB 18/90	92, 76
= fristgerechte –	92, 59	BGH v. 11. 7. 1991 – IX ZR 180/90 = WM 1991, 1812	92, 58
- Steuerbefreiungstatbestand	92, 22	BGH v. 26. 9. 1991 – IX ZR 242/90 = WM 1991, 1992	92, 58
Steuergestaltungsberatung		BGH v. 26. 9. 1991 – V II ZR 376/89 = BAUR 1991, 796	92, 29
- Mandatsumfang	92, 2	BGH v. 26. 9. 1991 – IX ZR 242/90 = MDR 1991, 1095 = WM 1991, 1993	92, 28, 58
- Wirtschaftsberatung	92, 2	BGH v. 2. 10. 1991 – IV ZR 68/91 = WM 1991, 2080 = ZIP 1991, 1629	92, 41
Steuerhaftung		BGH v. 10. 10. 1991 – IX ZR 38/91	92, 28
- d. Konkursverwalters	92, 25	BGH v. 17. 10. 1991 – IX ZR 255/90	92, 59
Telefax		BGH v. 21. 10. 1991 – II ZR 204/90	92, 85
- Funktionsfähigkeit b. Justizbehörde	92, 41	BGH v. 14. 11. 1991 – IX ZR 31/91	92, 71
Testat (s. Bestätigungsvermerk)		BVerfG v. 8. 7. 1991 – 2 BvR 731/91	92, 25
- Beweiskraft	92, 8	OLD Düsseldorf v. 31. 10. 1991 – 13 U 100/91	92, 45
Treuhänder		OLG Frankfurt v. 23. 5. 1991 – 6 W 41/91 rkr. = DStR 1991, 1201	92, 28
- Abtretung d. Einlageansprüche	92, 58	OLG Hamburg v. 4. 10. 1990 – 3 U 87/90 = StB 1991, 400	92, 28
- Haftungsbeschränkung		OLG Hamm v. 7. 6. 1989 – 25 U 168/88	92, 77
= grobe Fahrlässigkeit	92, 2	OLG Karlsruhe v. 5. 6. 1991 – 1 U 270/90	92, 3
- Untreue, § 266 StGB	92, 58	OLG Karlsruhe v. 16. 10. 1991 – 1 U 5/91	92, 47
- Vermögensbetreuungspflicht	92, 58	OLG Köln v. 9. 3. 1989 – 5 U 111/88	92, 53
Untreue, § 266 StGB		OLG München v. 17. 5. 1991 – 21 U 4529/90	92, 8
- Treuhänder	92, 58	OVG Nordrhein-Westfalen v. 27. 6. 1991 – 3 B 1858/90 rkr. = StB 1991, 402	92, 28
Verjährung, § 68 StBerG, § 51 a WPO		LG Hamburg v. 31. 5. 1991 – 302 O 113/90 = RPK U 1.065/91	92, 25
- Prospekthaftung	92, 29	LG Hannover v. 24. 1. 1991 – 19 O 414/90 = StBK Köln – MBI 1991, 8	92, 55
Verjährung, § 51 BRAO		LG Karlsruhe v. 7. 3. 1990 – 3 O 339/89	92, 22
- Belehrungspflicht ü. Fehler		LG München v. 18. 12. 1991 – 4 O 11 723/91, n. rkr.	92, 85
u. Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch		EGH Hessen v. 28. 2. 1991 – 1 EGH 2/90 = EWiR § 43 BRAO 3/91, 461 Ring	92, 25
= Anlaß zur Belehrung	92, 46		
= Regreßmandat an Kollegen	92, 71		
= Unkenntnis über Verjährungsvorschrift	92, 71		
- Verjährungsbeginn			
= Mandatsende, § 51 2. Alt. BRAO	92, 72		
Mandatsende, kein Schaden			
- Verjährungshemmung			
= Verhandlung, § 852 BGB, 3 PflVG	92, 46		
Verschwiegenheit			
- gegenüber Miterben	92, 2		
Versicherungsschutz			
- Serienschaden			
= fehlerhafte Prospektprüfung	92, 80		
Werbeverbot			
- Anwalts-Suchservice/Infodienst	92, 25		
- f. Rechtsanwälte	92, 25		
- Strafverteidiger	92, 85		
Wirtschaftsberatung			
- Mandatsumfang	92, 2		
BGH v. 1. 12. 1988 – IX ZR 61/88	92, 25		
= NJW 1989, 303			
= WM 1989, 114			
BGH v. 24. 1. 1991 – IX ZR 250/89	92, 25		
= WM 1991, 420			
= WuB VI B § 6 KO 1.91 (Sundermann)			

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-72 98
Telefax: (02 21) 144-51 27

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.